

Einführung

1917 gilt als „Schlüsseljahr“ des 20. Jahrhunderts – als „Scharnier zwischen dem langen 19. Jahrhundert und einer neuen Weltordnung“, wie dies kürzlich der Freiburger Historiker Jörn Leonhard beschrieben hat.¹ Während sich die bisherigen europäischen Großmächte im Ersten Weltkrieg einen erbitterten, Ressourcen und Menschen verschlingenden Kampf um die Vorherrschaft im „alten“ Europa und in der Welt lieferten, zeichneten sich im dritten Kriegsjahr die Konturen einer neuen Weltordnung ab, die nach kurzer Zeit biopolare Züge annahm. Wilson oder Lenin, demokratische Neuordnung und Selbstbestimmung der Nationen unter Führung der USA oder Revolutionierung der Welt nach den Vorstellungen der Bolschewiki und unter Führung der Sowjetunion – das waren die utopischen Entwürfe eines „doppelten Internationalismus“.² Beide Konzepte, das US-amerikanische und das sowjetische, konnten sich erst nach Umwegen und Bürgerkriegen gegen erschöpfte, hoch verschuldete sowie moralisch und politisch entkräftete europäische Mächte durchsetzen. Beide Konzepte entwickelten nach 1917 eine enorme Anziehungskraft, wobei die neuartige diktatorische Herrschaft der Bolschewiki keinesfalls nur als Schreckbild wirkte, sondern auch als Projektionsfläche für Friedenssehnsüchte und Partizipationsansprüche. Die neuen politischen Institutionen, die „Sowjets“ (Räte), schienen zugleich auch neuartige Mitbestimmungspotentiale zu entfalten. Selbst Hannah Arendt, die der kommunistischen Ideologie deutlich ablehnend gegenüberstand, betrachtete die Institution der Räte zeitweise als wichtigen basisdemokratischen Impulsegeber.³ Auch wenn sich das Russische Zarenreich infolge eines langandauernden Reformstaus und eines verlustreichen Krieges Anfang 1917 dem wirtschaftlichen Bankrott und der politisch-moralischen Auszehrung näherte, so erklärt dies noch nicht, warum die demokratischen Kräfte den auch von Wilson gewiesenen Weg nicht weiter beschreiten und stattdessen von den erfolgreicher agierenden Bolschewiki verdrängt und schließlich vernichtet werden konnten. Man darf wohl zum einen die unentschlossene Haltung der liberalen und sozialistischen Demokraten gegenüber der Demokratisierung im eigenen Land und der

-
- 1 Jörn Leonhard, 1917 – Relief eines Schlüsseljahres. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.1.2017.
 - 2 Ders., Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014, S. 651.
 - 3 Vgl. über den Begriff der Räte, deren historische Ausformungen im Zuge der großen Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert und zuletzt – aus Arendts Sicht – in der Ungarischen Revolution von 1956 und deren mögliche Existenzformen: Hannah Arendt, Interview mit Adelbert Reif. In: Dies., Macht und Gewalt, 25. Auflage München 2015, S. 105–133, hier 131–133; dies., Über die Revolution, 4. Auflage München 1994, S. 327–358. Zur Interpretation des Rätebegriffs bei Arendt vgl. neuerdings Grit Straßberger, Hannah Arendt zur Einführung, Hamburg 2015, S. 114–120.

Friedenssehnsucht der Massen dafür als Ursache heranziehen. Man darf aber zum anderen auch nicht die populistischen Versprechungen der Bolschewiki über einen schnellen Frieden und eine zügige Landreform vernachlässigen; die in Aussicht genommene verfassungsgebende Versammlung schienen sie trotz ihrer Räte-Propaganda zudem nicht kategorisch abzulehnen. Dass die Bolschewiki nach nur wenigen Monaten überhaupt einen solchen Erfolg erzielen konnten, hatte aber noch mit einer Unterstützung ganz anderer Art zu tun: Das Deutsche Kaiserreich, das an seinen West- wie Ostfronten schwer unter Druck stand, benötigte so schnell wie möglich eine Entlastung an der Ostfront, um den Krieg im Westen gewinnen zu können. Teile seiner alten Eliten spielten so „mit dem revolutionären Feuer“,⁴ als sie im April 1917 dem Revolutionär und „Friedensapostel“ Lenin aus dem Schweizer Exil über Deutschland nach Russland verhalfen. Durch die weitere Revolutionierung Russlands versprachen sie sich ausgerechnet ein Ausscheren dieses Landes aus der Kriegsfront und die dringend benötigte Entlastung im Osten.

Dieses „Experiment“ funktionierte sehr wohl, doch mit den Ergebnissen, die auch auf Deutschland zurückwirkten, hatte wohl auch in Berlin niemand so richtig gerechnet. Wenn Herfried Münkler von den „Kräften der Unterwelt“ spricht, die mit dem „Transport Lenins durch Deutschland in Aufruhr versetzt“ worden seien,⁵ so sagt dies etwas über die Person des Revolutionärs und die globale Dimension des kommenden Ereignisses. Der Gründer des Sowjetreiches als „Messias“ und „Antichrist“, die Bolschewiki als Friedensmacht und neue militante Partei, die Diktatur des Proletariats als Verheißung und brutale Unterwerfung und schließlich die Tscheka und der „rote Terror“ bewegten früh die Phantasie der Zeitgenossen und bis auf den heutigen Tag auch die Agenda der Historiker.⁶ Hier anknüpfend, sollen historische Gestalt und Resonanz der bolschewistischen Oktoberrevolution im Fokus dieses Themenheftes stehen. Sechs Historiker und Politologen nähern sich dem Phänomen der Diktatur Lenins aus unterschiedlicher Perspektive. In einem ersten Schritt werden (konzeptionelle) Ursprünge der zugrunde liegenden Begriffsgestalt der Diktatur des Proletariats und ihrer Realisierung im ersten Jahr der „Sowjetmacht“ beleuchtet sowie die Folgewirkungen auf Deutschland und Georgien analysiert. In einem zweiten Schritt wird

4 Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, 2. Auflage Berlin 2014, S. 547.

5 Ebd., S. 549.

6 Von den Veröffentlichungen der letzten Jahre sind erwähnenswert: Hélène Carrière d'Encausse, *Lenin*, München 2000; Robert Service, *Lenin. Eine Biographie*, München 2002; Christopher Read, *Lenin. A revolutionary Life*, London 2005; Wolfgang Ruge, *Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie*. Bearbeitet und mit einem Vorwort von Eugen Ruge, hg. von Wladislaw Hedeler, Berlin 2010; Jörg Baberowski, *Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2002; ders. *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, München 2012; Lars T. Lih, *Lenin Rediscovered. What is to be done?*, Leiden 2006.

untersucht, inwiefern diese Zäsur kritische Zeitgenossen zur Reflexion anregte. Beispielhaft geschieht dies mit Blick auf den russischen Soziologen Fedor Stepun, den deutschen Historiker und Politiker Arthur Rosenberg und den aus Ungarn stammenden Bildungspolitiker Siegmund Kunfi.

Mike Schmeitzner wendet sich in seiner Studie der von Lenin als Legitimationsressource benutzten Diktatur des Proletariats zu, die dieser ab 1902 und im Anschluss an Marx und Engels weiterentwickelte. Dabei wird deutlich, dass in Lenins Konzeption die Rolle einer straff geführten und hierarchisch geordneten Partei – der „Avantgarde“ – sowie der Gewalt von Anfang an eine weit größere Bedeutung zukam als bei den „Klassikern“. Diese Akzentverschiebung resultierte vornehmlich aus den spezifischen russischen Verhältnissen und Denktraditionen, die mit der vorwiegend agrarischen Struktur des Landes und der zaristischen Selbstherrschaft nur ungenügend umschrieben sind. Inwieweit Lenin als Agrarexperte der Sozialdemokratie den „Bauern-Faktor“ in seine Konzeption der proletarischen Diktatur zu integrieren versuchte, wird – mit Blick auf dessen politische Strategie und Taktik – eingehend untersucht. Fest steht, dass Lenin schon früh die proletarische Diktatur mit drei Institutionen identifizierte, die die kommende Transformation der Gesellschaft bewerkstelligen sollten – nämlich mit der Partei, den Räten und der Regierung, wobei letztere, die Exekutive, als eigenständige Größe bislang meist in den Diskussionen um das Verhältnis von Partei und Räten unterbelichtet geblieben ist. Kurz nach der prekären Herrschaftsgründung vom Spätherbst 1917 kristallisierte sich heraus, dass sich die neue Form der Diktatur vornehmlich auf die Partei und die Exekutive und weniger auf die Räte stützte, die mit der zweiten Herrschaftsgründung ein Jahr später dann nur noch als Kulissen wirkten. Bis kurz vor diesem Zeitpunkt wird insbesondere Georgi Plechanows Kritik als Folie eingewoben, war er es doch, der bereits ab 1900 die Diktatur des Proletariats in der russischen Sozialdemokratie popularisiert und Lenin stark beeinflusst hat.

Werner Müller und *Siegfried Heimann* beschäftigen sich in ihren Studien mit den Folgewirkungen der Oktoberrevolution bzw. von Lenins Diktatur auf Deutschland und Georgien. In Müllers Beitrag steht die deutsche Linke in ihrer Vielgestaltigkeit im Mittelpunkt. Dabei geht er sowohl auf die nicht intendierten als auch auf die bewusst von Moskau initiierten Einflüsse ein: Einen Konsens über die gespaltenen linken Lager hinaus konstatiert er für das Jahr 1917, als MSPD und USPD die russische Doppelrevolution als Hoffnung auf einen rascheren Frieden begrüßten. Einen deutlichen Riss markierte die von den Bolschewiki veranlasste Auflösung der russischen Konstituante Anfang Januar 1918, in der diese selbst nur eine Minderheitenposition besaßen. Fortan stand die MSPD, die stark vom Prinzip der parlamentarischen Demokratie geprägt war, in kritischer Distanz zur in Moskau regierenden Partei der Bolschewiki, während sich die wesentlich heterogenere USPD in der Frage „Parlament oder Räte oder eine Verbindung aus beiden?“ in immer tiefere Auseinandersetzungen verstrickte. Die neue sowjetrussische Botschaft in Berlin wiederum unternahm seit dem Frühsommer 1918 vielerlei Versuche, deutsche Partner für eine revolutionäre

deutsche Erhebung zu unterstützen, um die eigene russische Herrschaftsgründung zu entlasten. Die in Deutschland im November 1918 ausgebrochene Revolution versuchte Moskau daher weiterzutreiben. Als Partner und bald schon als Befehlsempfänger erblickte man dabei die gerade erst gegründete KPD und den schnell wachsenden linken Flügel der USPD. Mit der Annahme der „21 Bedingungen“ der von Moskau initiierten Dritten Kommunistischen Internationale zwangen die Moskauer Diktatoren ihre „demokratisch-zentralistischen“ Organisationsgrundsätze auch der linken Mehrheit der USPD auf, die nach der Vereinigung mit der KPD den bereits in Moskau entschiedenen März-Aufstand 1921 auslöste und dabei – und im Gegensatz zum russischen Aufstand vom Oktober 1917 – ein völliges Desaster erlitt. Kann Müller in seinem Beitrag zeigen, dass nicht wenige deutsche Linke auch aus Faszination den Weg und das Organisationsmodell der Bolschewiki unterstützten, kommt Siegfried Heimann zu einem anderen Befund: Die 1918 von Russland in die Unabhängigkeit entlassene Republik Georgien wurde gegen eigenen erbitterten Widerstand im Februar 1921 von der Roten Armee überrollt und erneut dem größeren – wenn auch jetzt sowjetischen – Nachbarn zugeschlagen. Die Besonderheiten der georgischen Entwicklung bis zur neuerlichen Annexion liegen in deren demokratisch-sozialistischen Innenleben begründet: Obwohl auch diese kleine kaukasische Republik über keine größere Industrie und Arbeiterschaft verfügte, war es den sozialdemokratischen Bolschewiki via Wahlen gelungen, zur stärksten Partei zu avancieren und zahlreiche Reformschritte – auch für die zahlenmäßig große Bauernschaft – durchzusetzen. Sie übten eine „Diktatur des Proletariats auf demokratischer Grundlage“ (Karl Kautsky) aus und bildeten so das demokratische Gegenstück zur Diktatur der Bolschewiki. Unterstützung fanden sie vor allem bei der deutschen Sozialdemokratie und Kautsky selbst.

Wie sich Theorie und Praxis der proletarischen Diktatur der Bolschewiki im Denken wichtiger europäischer Zeitgenossen widerspiegeln, zeigt sehr anschaulich das von Leonid Luks entworfene Porträt des russischen Soziologen Fedor Stepun. Der 1922 aus Sowjetrußland ausgewiesene Intellektuelle, der in Deutschland eine neue Heimat fand und ab 1926 an der TH Dresden eine Professur für Soziologie bekleidete, publizierte in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ verschiedene Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte der bolschewistischen Diktatur. Dabei hob Stepun die Mitverantwortung von Demokraten am Scheitern der ersten russischen Demokratie nach der Februarrevolution von 1917 ebenso hervor wie die grundsätzlich positive Bedeutung einer parlamentarischen Demokratie. Hierin unterschied sich der Denker von anderen Exilanten, die z. B. ihren Weg zurück zum Monarchismus oder aber zur auch inneren Akzeptanz des bolschewistischen Russlands fanden. Des Weiteren untersuchte Stepun die Auswirkungen der bolschewistischen Diktatur auf das Individuum selbst – nämlich auf dessen geistige Uniformierung und Mobilisierung.

Mario Kefflers Untersuchung über den bekannten deutschen Historiker (und vormaligen KPD-Politiker) Arthur Rosenberg nimmt wiederum eines seiner bedeutendsten Werke in den Blick – die „Geschichte des Bolschewismus“, die im letzten Jahr der deutschen Republik – 1932 – erschien. Im Gegensatz zu Rosenbergs bekanntesten Werken, den beiden Bänden zur Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik, blieb seine Bolschewismus-Geschichte die wohl umstrittenste Veröffentlichung. Rosenbergs Buch war keine Abrechnung mit der eigenen politischen Vergangenheit, die er 1927 hinter sich gelassen hatte, sondern eine ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einer Ideologie und einem politischen System, dem er auch mit einem scharfen Blick auf das lange 19. Jahrhundert nachspürte. Für Rosenberg stellte sich das bolschewistische Parteikonzept als eine „Frühform des Marxismus“ dar, das für Russland selbst zwar „ungeheuerlich fortschrittlich“, aber für die fortgeschrittenen westlichen Industrieländer „reaktionär“ gewesen sei. Insofern war für ihn die Oktoberrevolution als Fluchtpunkt der Entwicklung konsequent, wenn er auch nüchtern konstatierte, dass Sowjetrußland ab Mitte 1918 ein Einparteistaat der Bolschewiki, eine Diktatur der Minderheit gewesen sei. Dieser Umstand wiederum hätte die „Rätedemokratie“ bereits zu diesem frühen Zeitpunkt „zum Tode verurteilt“. Entfachte dieses Werk aufgrund seiner Thesen zuerst im Exil und dann in der 68er-Bewegung beachtliche Resonanz und Widerspruch zugleich, blieben Siegmund Kunfis vergleichende Untersuchungen zur russischen und Französischen Revolution seltsam unterbelichtet. Uli Schöler porträtiert einen ungarisch-jüdischen Bildungspolitiker, der Anfang 1919 als Sozialist das ungarische Unterrichtsministerium leitete, aber als Gegner der kommunistisch-sozialistischen Räterepublik nach Österreich exilierte und von dort aus publizistisch wirkte. Kunfis Vergleichsfolie – und das lässt ihn neben andere damalige Zeitgenossen wie etwa den französischen Historiker Albert Mathiez treten⁷ – war die Französische Revolution von 1789, die sich auch deswegen als „Brille“ anbot, weil die Bolschewiki selbst immer wieder den Vergleich zu den Jakobinern zogen. Im Gegensatz zu Mathiez parallelisierte Kunfi aber nicht die Zeit der Oktoberrevolution, sondern die späten 1920er-Jahre mit der Zeit der Jakobiner-Diktatur. Aus diesem Grund standen bei ihm auch nicht Robespierre und Lenin, wie bei Mathiez, sondern Robespierre und Stalin im Vordergrund, und darüber hinaus die jeweiligen politischen Institutionen, Fraktionierungen und sozialen Schichtungen. So überaus anregend solche Parallelisierungen auch waren, so problematisch erschien der Vergleich mit Blick auf die Dauer der Diktaturen: Hatte die Jakobiner-Diktatur nur ein Jahr Bestand gehabt, handelte es sich bei der Diktatur der Bolschewiki um eine ganze Dekade – jedenfalls aus dem Blickwinkel von Kunfi, der seine Texte um 1927 schrieb. Das aber lässt Fragen nach dem „Thermidor“ in einem gänzlich anderen Licht erscheinen.

7 Vgl. Albert Mathiez, *Le bolchevisme et le jacobinisme*, Paris 1920.

Zwischen den Beiträgen und der Rubrik „Rezensionen“ ist in diesem Heft eine längere Sammelrezension platziert, die mehrere ausgewählte Neuerscheinungen zum Thema „Russische Revolution(en)“ thematisiert. Hierbei wurden insbesondere Veröffentlichungen zu russischen, deutschen und österreichischen Akteuren berücksichtigt. All diese Akteure eint ihr spezifisches Verhältnis zu Russland und den Bolschewiki – sei es in reflektierender oder direkt politisierender Weise. In deren Denken und Handeln markierte das Jahr 1917 eine überaus wichtige Zäsur.

Mike Schmeitzner